



PRESSEDIENST

VERBAND BILDUNG UND ERZIEHUNG – LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Lehrergewerkschaft im »NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion«

Hannover, den 11.05.2021 - 22

VBE Landesvorsitzender Franz-Josef Meyer zur Gewaltstudie zu Corona-Maßnahmen
"CORONA BEFEUERT ZUNAHME VON GEWALT GEGEN LEHRKRÄFTE"
-Corona-Unmut über Schutzmaßnahmen bedroht den Schulfrieden-

„Der Frust über bestehende "Corona-Regeln" entlädt sich in der Schule. Gewaltvorkommnisse gegen schulisches Personal haben im Zusammenhang mit Corona-Maßnahmen an Schulen eine neue Dimension erreicht. Es ist erschreckend, dass etwa ein Viertel der Befragten von psychischen Angriffen wie direkten Beleidigungen, Beschimpfungen und Bedrohungen oder via Internet berichten. Das darf so nicht hingenommen werden“, so Meyer in seiner Bewertung der aktuellen Gewaltumfrage. *

Nach mehreren Umfragen der vergangenen Jahre zum Thema Gewalt gegen Lehrkräfte hat der VBE nun in Kooperation mit forsa eine bundesweite, repräsentative Befragung von Lehrerinnen und Lehrer mit dem Fokus auf Konfliktfällen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Infektionsmaßnahmen durchgeführt. Ergänzend gibt es auch eine spezielle Stichprobe für Niedersachsen. Gefragt danach, von wem diese Angriffe ausgehen, nannten 84% die "Eltern", jeder 4. Befragte weiß auch von psychischen Angriffen von Schülerinnen und Schülern. Die Sonderauswertung für Niedersachsen bestätigt diese Zahlen.

Im Gegensatz zur bundesweiten Auswertung (18%) gibt es in Niedersachsen deutlich weniger verbale Entgleisungen von außerschulischen Personen wie Corona-Leugnern und Maskengegnern bei direkten Angriffen. (5%), via Internet sind es aber deutlich mehr (25%). Körperliche Übergriffe sind eher selten, was am eingeschränkten Präsenzunterricht liegen könnte. Grundsätzlich ist jedoch jede Form von Gewalt gegen Lehrkräfte völlig inakzeptabel - egal ob verbal oder durch körperliche Übergriffe und muss strafrechtlich verfolgt werden.

Ein Lichtblick ist der Zusammenhalt im Kollegium. Bei Gewaltvorkommnissen erfahren die meisten Lehrkräfte Unterstützung durch die Schulleitung oder andere Lehrkräfte. Von der Schulaufsicht oder dem Kultusministerium bekommen sie nur selten Hilfe angeboten.

Meyer abschließend: „Die Politik trägt durch ihre Unberechenbarkeit eine erhebliche Mitschuld an den Gewaltausbrüchen. Das Regelchaos und die intransparente Kommunikation der Politik verunsichern Eltern und provozieren Konflikte. Der Frust wird dann in den Schulen abgeladen. Wir brauchen dringend glaubwürdige, transparente und akzeptable Regeln, die zu weniger Unmut führen. Das Kultusministerium als Dienstherr ist in der Verantwortung nicht nur für eine bessere Kommunikation bei Corona-Entscheidungen sondern auch für einen besseren Schutz der Beschäftigten in Konfliktfällen.“

* ["Weitere Informationen zur Umfrage finden Sie auf www.vbe.de.](http://www.vbe.de)

[Die Auswertung für Niedersachsen ist in der Anlage zu dieser Presse."](#)